

Landespsychologenkonzferenz im Klinikum 75 Psychologen be- schäftigten sich mit fachlichen und berufs- politischen Themen

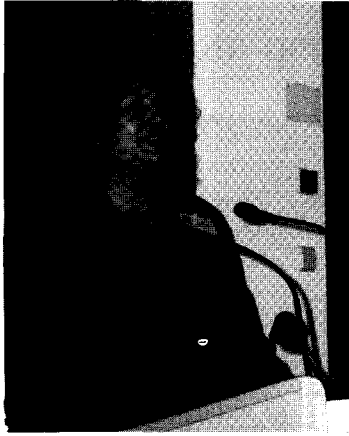
Die jährliche Landespsychologenkonzferenz fand am 16. November 2006 im Klinikum am Weissenhof statt. Psychologin **Gerlinde Meyle**, die die Tagung vor Ort vorbereitet hatte und für einen reibungslosen Ablauf sorgte, konnte 75 Teilnehmer aus allen neun Zentren für Psychiatrie in Baden-Württemberg begrüßen und gab zunächst eine Übersicht über den Tag.

Professor Dr. Dirk Lorenzen, der diese Tagungen einmal initiiert hatte und über viele Jahre verantwortlich fachlich und organisatorisch begleitete, begrüßte die Teilnehmer und führte in das Thema ein. Zur Enttäuschung der Teilnehmer gab er bekannt, dass dies die letzte LPK sei, an der er verantwortlich mitwirke. Der Grund liegt ganz einfach in seiner Biografie, die sich beruflich dem Ende nähert.

Neben zwei Referaten und Führungen durch die Klinik in mehreren Gruppen war der dritte Schwerpunkt die Mitglieder-versammlung und die sich anschließende die Beschäftigung mit internen berufspolitischen Fragen.

Referat 1: „Einführung in die Schematherapie bei komplexen Persönlichkeitsstörungen“

Referent war **Dr. Eckhard Roediger**, Leitender Arzt der Klinik für Psychosomatische Medizin des Gemeinschaftskrankenhauses Havelhöhe in Berlin. Wörtlich: „Was ist Schematherapie? Schematherapie ist eine Weiterentwicklung der Kognitiven Verhaltenstherapie. In der Arbeit mit schwer persönlichkeitsgestörten Patienten wurde deutlich, dass wesentliche Störungsanteile von dysfunktionalen emotionalen Schemata aufrecht erhalten werden, die sich der direkten kognitiven Arbeit entziehen. Daher fokussiert die Schematherapie auf die Aktivierung, Klärung und Modifikation besonders der emotionalen Schemaanteile. Dazu benutzt sie Elemente erlebnisaktivierender Therapieverfahren (Imaginationsübungen, innere Dialoge). Daneben arbeitet die Schematherapie in Erweiterung der Betonung der Arbeitsbeziehung in der klassischen VT gezielt mit Schemaaktivierung in der Therapeutischen Beziehung im Sinne einer „emotionalen Exposition“.



Diplom-Psychologin Gerline Meyle bei der Begrüßung der Teilnehmer

Zur Klinikführung verteilte sich die Gruppe in folgende Bereiche:

- Forensik (Walter Bauer)
- Allgemeine Psychiatrie (Conny Gruber-Weiß)
- Sucht (Iris Moser)
- Gerontopsychiatrie (Dr. Caroline Achenbach)
- Tagesklinik (Gerlinde Meyle)

Mitgliederversammlung

Stichworte:

- kurze Vorstellungsrunde
- Verband strebt Verjüngung an
- Satzungsänderung bzgl. des neuen Namens, der nun lautet: Landesverband der Klinikpsychologen und Psychotherapeuten Baden-Württemberg
- Diskussion über mögliche Änderung bzgl. der neuen Studienabschlüsse
- Diskussion über tarifliche Situation

Referat 2: Zum Stand der Kammerarbeit für angestellte Mitglieder

Am Nachmittag standen im Rahmen der Mitgliederversammlung berufspolitische Fragen an. Referent war **Dr. rer. nat. Dietrich Munz**, Psychologischer Psychotherapeut, Dipl.-Psychologe, Dipl.-Physiker, Psychoanalytiker, Präsident der Landespsychologenkammer Baden-Württemberg.

Stichworte:

Sinn und Zweck der Kammer: Regelung der Berufsausbildung und Berufsausübung - Staatliche Institution - Selbstverwaltung: muss durch Kammerbeiträge finanziert werden - Aufsichtsbehörde Satzung (Berufsordnung) wird vom Ministerium gegengeprüft
 Tarifrecht: Die Kammer ist kein Partner für Tarifrecht - Kammer kann nur klärend Stellung nehmen - Wunsch, dass Therapeuten den Fachärzten und Dipl.-Psychologen den Assistenzärzten gleichgestellt werden
 Rechtsfragen/Haftungsrecht: Weisungen der Vorgesetzten dürfen verweigert werden, wenn man sie nicht vertreten kann - ist in der Berufsordnung verankert - Fortbildungen - Schweigepflicht - Anhörungsrecht der Kammer für den Klinikausschuss BW. - Nächster Psychotherapeutentag Ende Juni 2007 mit dem Vortrag „Psychotherapie - Selbstbild und Fremdbild“ - Anregungen sind erwünscht, welche Themen noch auf-

genommen werden sollen - PIPS können Kammermitglied werden, jedoch ist die Kammer nur zuständig für Berufsordnung, nicht für Ausbildung

Die **Diskussion** behandelte folgende Themen:

- Möglichkeit zur Gleichstellung PP und Facharzt
- Vertretung durch ver.di
- Ausbildung zum PP: Praktikum während der Anstellung, Bezahlung
- Ausbildung zum PP vs. Ärztlicher Psychotherapeut
- Änderung des Studiums zu Master und Bachelor
- Wahrnehmung der Kammer und PP in den Kliniken
- Keine Verpflichtung des Arbeitgebers, einem PP andere Aufgabenfelder zu übertragen, der als Dipl. eingestellt wurde
- Möglichkeit eines PP, Weisung aus beruflichen Gründen abzulehnen (Suizidalität)
- Weigerung des Gesundheitsministeriums, das Psychotherapeutengesetz dergestalt abzuändern, dass für KJ-Psychotherapeuten und Erwachsenenpsychotherapeuten gleiche Voraussetzungen für die Weiterbildung gelten (Masterabschluss an der Uni)
- Ziel der Kammer, an einer Akkreditierungskommission für Universitätsstudiengänge mitzuwirken (Qualitätssicherung hinsichtlich der Ausbildung der PP)
- Kammer setzt sich für Vergütung der PIPS ein
- Versuch der Kammer, mit ver.di und Marburger Bund bei tariflichen Fragen zusammenzuarbeiten

Resolution:

- Anpassung des Landeskrankenhausgesetzes
- Gleichstellung der PP mit Fachärzten
- Forderung der Landespsychologenkonzferenz: Berücksichtigung der PP und der KuJ-PP in der anstehenden Novellierung des Landeskrankenhausgesetzes
- eine für Psychologen den Ärzten vergleichbare tarifliche Eingruppierung in den baden-württembergischen Kliniken (Eingruppierung für die jeweilige Entgeltstufen, das heißt: Dipl.-Psych. = Assistenzarzt, PP = Facharzt)

Schluss

Auf Antrag von Herrn Wiegand, Vorstand LVKP, und Herrn Urban fasst die Landespsychologenkonzferenz vom 16.11.2006 in Weinsberg folgende Entschliebung:

Die Landespsychologenkonzferenz fordert:

1. Die angemessene Berücksichtigung der durch das Psychotherapeutengesetz geschaffenen neuen, mit Approbation versehenen Heilberufe des Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendpsychotherapeuten in der anstehenden Novellierung des Landeskrankenhausgesetzes. Die mit der Vorbereitung befassten Landesministerien werden aufgefordert, die entsprechenden psychologischen Berufsverbände rechtzeitig einzubeziehen.
2. Für Psychologen eine den Ärzten vergleichbare tarifliche Eingruppierung in den baden-württembergischen Kliniken. Aufgrund der zurückliegenden Tarifaussensetzungen mit unterschiedlichen Gewerkschaften ist die bisherige weitgehende tarifliche Gleichstellung von Psychologen und Ärzten de facto aufgehoben. Wir fordern eine Korrektur dieser neu entstandenen und sachlich nicht gerechtfertigten Schiefelage. Aufgrund des vergleichbaren Umfangs der Ausbildung müssen Diplom-Psychologen analog zum Assistenzarzt und die neuen Heilberufe analog zum Facharzt vergütet werden.
3. Eine angemessene Vergütung für Diplom-Psychologen in der praktischen Ausbildung zum Psychologischen Psychotherapeuten (PPIA). Regelungslücken des Psychotherapeutengesetzes führen dazu, dass Diplom-Psychologen während des vorgeschriebenen so genannten „Psychiatriejahres“ in vielen Kliniken entweder völlig unentgeltlich oder mit Praktikantenvergütung arbeiten, dabei aber umfänglich in der Patientenversorgung eingesetzt werden. Wir fordern die Kliniken auf, hier intelligente Beschäftigungsmodelle zu entwickeln, die das Potenzial dieser bereits gut ausgebildeten Akademiker für die Klinik nutzen und gleichzeitig deren Recht auf eine angemessene Vergütung der von ihnen erbrachten Dienstleistungen gewährleisten.

Nächster Termin:

Frühjahr 2007, eventuell im Christophsbad Göppingen, Alternative in Zwiefalten

(nach überlassenen Manuskripten und persönlichem Eindruck zusammengestellt von Dieter Karotsch)